

# Danziger Zeitung.

Nr. 19428.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonnabend Abends und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettelerhagergasse Nr. 4, und bei allen kais. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1892.

## Das neue Krankenversicherungs-gesetz.

Der Gesetzentwurf, den der Reichstag vor einigen Tagen nach jahrelanger Arbeit zu Stande gebracht hat, ist von einer Reihe von Verbesserungen oder Verschlechterungen in der Organisation des Kassenwesens abgesehen, in der Hauptsache eine Reaktion gegen die Gestaltung der Krankenversicherung, wie sie der Reichstag im Jahre 1883 unter wesentlicher Beteiligung der damals noch gesonderten entschieden liberalen Partei, der Fortschrittspartei und der der freien Vereinigung zu Stande gebracht hat. Zum großen Leidwesen der Gegner der Selbstverwaltung auf dem kommunalen Gebiete und der selbständigen Institutionen der arbeitenden Klassen hatte die damalige Mehrheit des Reichstags den freien Hilfskassen, die sich auf Grund des Gesetzes von 1876 gebildet, eine gesonderte Stellung neben den Zwangskassen gewährt, von dem Gesichtspunkte ausgehend, daß die Zwangsversicherung nur da subsidiär eintreten solle, wo die freiwillige Versicherung sich als ungenügend bewährt habe.

In der That haben die freien Hilfskassen, die nicht nur den mit ihnen konkurrierenden Zwangskassen, sondern auch einem großen Theil der Behörden ein Dorn im Auge waren, die Probe glücklich bestanden. Sie haben sich nicht nur behauptet, sie haben sich dank der treuen Pflege derjenigen, die in der Förderung der freien Thätigkeit der Arbeiter ihren Beruf sehen, weiter entwickelt und umfassen nahezu eine Million nicht-socialistischer Arbeiter. Auf der anderen Seite haben sich die Zwangskassen in bürokratischem Sinne entwickelt; und bei der Abneigung der leitenden Kreise gegen jede Art von Selbstverwaltung sind die Zwangskassen, die die Arbeiter bestimmter Berufe in sich zusammenfassen sollten, in den Hintergrund getreten vor der Gemeindeversicherung, die heute die hervorragendste Stellung einnimmt. Die Unzufriedenheit über ihre Entwicklung macht sich bald in Vorwürfen gegen die freien Hilfskassen bemerkbar, die, wie man behauptet, auf Grund der ihnen in dem Gesetz gewährten Beworung den Zwangskassen das Feld stellten. Immer lauter und lebhafter verlangte man von der Regierung, daß sie diesem für die Freunde der Zwangsversicherung allerdings unerfreulichen Zustande ein Ende und den freien Kassen auf dem Wege der Gesetzgebung den Garasus mache. Weil ein großer Theil der freien Kassen unter socialdemokratischer Leitung stand, sollte die Vernichtung dieser Betätigung genossenschaftlicher Institutionen im Interesse der Bekämpfung der Socialdemokratie notwendig sein. Man fand auch bald einen Deckmantel für diese Bestrebungen; man wolle, so hieß die ausgegebene Parole, zwischen den freien Kassen und den Zwangskassen Licht und Schatten gleichmäßig verbreiten, und unter wiederholten lebhaften Protesten gegen die Unterstellung, daß man auf die Vernichtung der freien Kassen aus sei, wurde ein Gesetzentwurf vorgelegt, der, soweit es sich nicht um die Ausdehnung der Krankenversicherung handelte, den freien Kassen das Leben schwer zu machen suchte. Vor allem sollte in Zukunft die Zugehörigkeit eines Arbeiters zu einer freien Kasse nicht mehr ohne weiteres von der Verpflichtung einer Zwangskasse beizutreten, entbinden. Bei einem Wechsel des Aufenthaltsortes mutete man den Mitgliedern der freien Kassen zu, sich zunächst als Mitglieder der Zwangskassen behandeln zu lassen, bis sie durch eine beklagbare Meldung als Angehörige einer freien Kasse anerkannt worden seien. Man hoffte, daß Nachlässigkeit, Trägheit oder Ungeschicklichkeit den freien Kassen die Mit-

glieder entziehen und den Zwangskassen zuführen würden.

Dieser Versuch ist auch jetzt mißlungen, nachdem die Mehrheit an die Stelle der Meldepflicht des Einzelnen die Meldepflicht der Kasse gesetzt hat. Den Hauptschlag aber hat die Mehrheit geführt, indem sie den freien Kassen das Recht entzog, den Arakten an Stelle der ärztlichen Pflege einen Theil des Krankengeldes zu gewähren; auch die freien Kassen sollen in Zukunft freie ärztliche Pflege, Arznei u. s. w. gewähren. Es ist dieselbe Pflicht, die auch den Zwangskassen obliegt; aber für die freien Kassen, insoweit sie nicht lokal, sondern berufsmäßig organisiert sind, ist diese Verpflichtung eine außerordentlich schwere. Die Freunde der freien Kassen haben bei der dritten Beratung leider vergeblich versucht, den freien Kassen wenigstens in den Orten, wo sie nicht über 20 Mitglieder zählen, das Recht zu sichern, den Arakten anstatt der freien ärztlichen Pflege die Hälfte des ortsüblichen Tagelohns zu gewähren, insoweit dieselben sich wirklich der ärztlichen Behandlung unterziehen. Selbst das ist abgelehnt worden, und so waren die Freunde der freien Kassen gezwungen, gegen das Gesetz zu stimmen.

Die Mehrheit und die Regierung haben also den Zweck, die freien Kassen zu benachteiligen, erreicht, und nur die Energie, Selbstständigkeit und unter Umständen Opferfreudigkeit der Mitglieder wird verhindern können, daß die Prophezeiung, die freien Kassen würden in einigen Jahren von der Bildfläche verschwinden, sich erfüllt. Namentlich von den Mitgliedern der Gewerkschaften angehörigen intelligenten Arbeiterschaft erwarten wir, daß sie bemüht sein werden, die Erfüllung jener Prophezeiung zu verhindern. Daran ist freilich nachgerade nicht mehr zu zweifeln, daß falls der Zweck, dem die Mehrheit des Reichstages奔ruft oder unverwüstlich gedenkt hat, in Wirklichkeit erreicht wird, nicht die Bekämpfung, sondern die Förderung der Socialdemokratie durch das Gesetz erzielt wird. Die Socialdemokratie ist, wie neulich erst der Gewerkschaftstag in Halberstadt bewiesen hat, eine geschworene Gegnerin selbständiger, berufsmäßiger Organisation, weil diese ein Hindernis ist für centralistische Organisation der „revolutionären Masse“. Deshalb schrieb neulich der „Vorwärts“ mit der ihm eigenen Offenheit, er könne angefangen der Bejählung des Reichstags nur widerholen, daß die klassenbewußte Arbeiterschaft keine Ursache habe, über die Verstörung der freien Hilfskassen besonders betrübt zu sein. „Es werden Arbeitskräfte frei; stellen wir sie in den Dienst der guten Sache.“

Das ist, denken wir, deutlich. Wenn das neue Gesetz den Bestand der freien Hilfskassen unmöglich machen sollte, so wird dieser „Erfolg“ nur der Socialdemokratie zu Gute kommen.

## Deutschland.

## Prebstimmen zur Ministerkrise.

\* [Das vergangene Lachen.] Zum Rücktritt des Grafen Leditz schreibt die „Volkszeit“: „Als der Abgeordnete Richter bei der ersten Beratung des preußischen Staats das Volkschulgesetz streifte und dabei des Widerspruchs gedachte, den nach öffentlichen Mittheilungen einige Minister gegen das Gesetz erhoben hätten, da lachte Graf Leditz laut auf, worauf Herr Richter ihm zurrief: „Das Lachen wird Ihnen vergehen, Graf Leditz!“ Wir glauben, daß das Lachen heute dem Grafen vergangen ist; er mußte mittlerweile in der Beratung des Volkschulgesetzes erfahren, daß nicht bloß einige Minister, sondern die Mehrheit, und daß nicht bloß diese, sondern auch der Monarch gegen das von ihm vorgelegte

dass die weiße Fassade der Villa den Blicken durch das Laubwerk fast gänzlich entzogen wurde.

Lilli stieg aus dem Wagen, und zu gleicher Zeit knarrte die Thür des alten Hauses in ihren rostigen Angeln und that sich auf, noch ehe sie geschellt; man erwartete sie, da sie ihre Ankunft im voraus gemeldet hatte.

„Wo geht es meinem Bruder?“

„Immer recht schwach, Fräulein Lilli, aber doch etwas besser.“

Es war ein Diener des Herrn Werner, der ihr Rede stand. Während man das Gepäck vom Wagen lud, stieg Lilli langsam die Treppe mit den feuchten, ausgetretenen Stufen hinan, auf denen ihr Fuß sich instinktiv zurechtfand; sie öffnete das dunkle Vorzimmer und betrat das Gemach ihres Bruders. Er lag in demselben Bett, in dem sie nach einander ihren Vater und ihre Mutter hatte sterben sehen, und als sie eintrat, hustete er erregt und offenkbar in gereizter Stimmung.

„Ah! du bist es! Endlich! Wie spät du kommst!“ sagte er in klagendem Tone.

„Ich habe keine Zeit verloren. Ich hatte vieles zu ordnen. Wie geht es dir?“

„Was soll die Frage? Das sieht doch wohl deutlich genug auf meinem Gesicht geschrieben“, gab er in bitterem Tone zurück. „Gehe ich nicht ganz vorzüglich aus?“

„Du bist sehr blaß, bist magerer geworden. Du hast wohl viel gelitten?“

„Wie ein Märtyrer. Es ist entsetzlich, was ich aushalten muß. Gerade als wenn Hunde mir die Knochen vom Rücken bis zu den Haken herunter brennen. Und man sagt mir, daß das Jahre dauern kann. Eine angenehme Aussicht!“

Er sah aus wie ein Gespenst, so abgezehrt, so hohlaugig, so leichenblaß; die Haut auf den Wangen war schlaff und bildete um den Mund herum tiefe Falten, die demselben einen verzerrten Ausdruck verliehen, während die unter dem Schnurrbart hochgezogenen Lippen die Zähne bis

Gesetz starke Bedenken hegten, und von ihm ein Eingehen auf die Anschauungen der Gegner oder ein Zurückziehen der Vorlage forderten. Wie es freilich geschehen konnte, daß ein Gesetzentwurf, dem weder die Mehrheit der Minister noch die Krone zustimmt, mit deren Unterschriften bezw. Genehmigung an den Landtag gelangte, bleibt ein Rätsel. Graf Leditz hat als Mann und politischer Charakter gehandelt, wenn er die Zumuthung, sein eigenes Werk aufzugeben, sich selbst zu verleugnen, ablehnte und seine Entlassung nahm.“

\* [Das Fraktionsorgan der Nationalliberalen über die Lage.] Die „Nat.-Lib. Corr.“ schreibt: „Über die ferneren Consequenzen der jüngsten Vorgänge kann man sich im Augenblick nur Combinationen hingeben. Reichstag und Abgeordnetenhaus stehen nahe vor dem Abschluß ihrer Thätigkeit; beiden Parlamenten liegen keine großen politischen Entscheidungen mehr ob. Es ist auch gut, daß die nothwendigen Geschäfte jetzt rasch zu Ende geführt werden, damit eine Beruhigung und Klärung sich einstellen kann. Im nächsten Herbst werden wir dann weiter sehen. Mit einer vollständigen Lähmung der Reichsmaschine durch Abschwenken des Centrums in eine principielle Opposition lassen wir uns nicht bangen machen. Es ist doch zu viel seitdem vorgegangen und die Stimmung der Wähler hat zu großen Wandlungen erfahren, als daß die Partei einsach wieder in die Stellung der siebziger Jahre einrücken könnte. Und wenn sie es versuchen sollte, so könnten auch die parlamentarischen Grundverhältnisse der siebziger Jahre wiederkehren. Die Einsicht, daß der Reichswagen stecken zu bleiben droht, könnte merkwürdige Wandlungen hervorbringen.“

\* Berlin, 23. März. Nach verläßlichen Privatberichten hat sich der Kaiser in den wenigen Tagen seines Aufenthalts auf Schloss Hubertusstock schildlich erholt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß gerade deshalb dieser Aufenthalt verlängert wird.

\* [Reise der Kaiserin Friedrich.] Wie das „D. B. H.“ aus Bonn meldet, wird die Kaiserin Friedrich nebst der Prinzessin Margaretha am 8. April zum Besuch bei dem Prinzen und der Prinzessin Adolf von Schaumburg dort eintreffen. Am 13. April wird die Kaiserin Friedrich vorausichtlich nach Homburg abreisen.

\* [Reise des Fürsten Bismarck nach Italien.] Dem „Hamb. Corr.“ wird aus Genua vom 22. März gemeldet: Der ärztliche Rathgeber des Fürsten Bismarck, Professor Dr. Schweninger, ist in Nervi eingetroffen. Dem Vernehmen nach handelt es sich bei seiner Reise hierher um einen eventuellen Aufenthalt des Fürsten in dem berühmten Kurorte.

\* [Der Gesetzentwurf über die Bergarbeiter.] Der dem Abgeordnetenhaus zugestellte Gesetzentwurf über die Bergarbeiter dehnt auf diese Arbeiterklasse die Grundsätze der Gewerbeordnung, wie sie in der neuen Gewerbeordnungs-Novelle festgestellt worden sind, mit denjenigen Modifikationen aus, welche durch die Besonderheiten des Bergbaues verlangt werden. Der Entwurf enthält sehr detaillierte Vorschriften über die Bestimmungen, welche die Arbeitsordnung enthalten muss. Der Erlass einer Arbeitsordnung wird für alle Bergwerke als obligatorisch hingestellt. Alle minderjährigen Bergarbeiter sollen ein Arbeitsbuch haben. Die Bestimmungen der Gewerbeordnungs-Novelle über Fortbildungsschulen werden auf die jugendlichen Bergarbeiter ausgedehnt. Über die Fördergesetze, welche für die Lohnabrechnung auf Grund abgeschlossener Gedinge maßgebend sind, werden genaue Bestimmungen getroffen. Die Wahl von Arbeiterausschüssen soll

zum Bahnsteig frei ließen. Er streifte den Arm zurück und strecte seinen skeletartigen Arm mit der dünnen blutlosen Hand aus, deren lange Nägel keiner wie Arallen aussahen.

„Ist das etwa ein Mann? Der Arm eines Mannes? So weit ist es mit mir gekommen.“

„Wann hat deine Krankheit begonnen?“

„Was weiß ich? Das kam nach und nach. Ich bin voriges Jahr vom Pferde gefallen, und seit der Zeit hat mein Leiden angefangen. Ich hoffte, es würde besser gehen. Na ja, darauf auch noch rechnen! Die Beute, die der Teufel einmal gepackt hat, läßt er nicht wieder los. Und dann so allein, ohne Pflege!“

„Du hältst mich früher benachrichtigen sollen“, murmelte Lilli schüchtern.

Sie war sich wohl bewußt, daß sie nicht ganz so dachte, wie sie sprach, aber ihr Herz war von Mitleid ergriffen, und sie fühlte, daß sie etwas sagen musste.

Arthur lächelte bitter.

„Ach, loß doch! Es ist dir schwer genug geworden, dich zu entschließen. Du hältst mich gar zu gern mit einer barmherzigen Schwester herausstaffiert und dich meiner auf diese Weise entledigt. Aber du irrst, wenn du denkst, ich lasse mich abfinden.“

Lilli erröthete. „Du wärest so besser gepflegt worden. Ich bin abgereist, sobald ich deine Weigerung erfahren. Es sind nicht volle acht Tage her, daß du mir von deiner Krankheit geschrieben.“

„Ach Tage! rief er zornig aus; „acht Tage, das erfordert dir wenig! Dir, die du gesund bist, die du kommen und gehen kannst nach Belieben, und essen, und trinken, und schlafen. Du weißt es nicht, was acht Tage für einen Unglücksfall sagen wollen, der wie ich auf die Folterbank hingestreckt ist, und der die Minuten zählt in Schmerz und in Wuth, in Ohnmacht und unter Verwünschungen.“

Lilli, über seine Heftigkeit erschrocken, ver-

hielten Bergwerken nicht obligatorisch sein. In denjenigen Betrieben, für welche besondere Kassen vorhanden sind, sollen die Kassenvorstände aus den Reihen der Arbeiter gewählt werden und die Funktionen der Arbeiterausschüsse versehen. Wo die Organe der Knappenschaften mit den Werken zusammenfallen, sollen die Knappenschaftsältesten diese Funktionen wahrnehmen. Den Oberbergämtern soll das Recht zufallen, Dauer, Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit und der zu gewährenden Pausen vorzuschreiben, wenn durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird.

\* [Kirchenprovinz Berlin.] Der „Kreuzig.“ zufolge sind Unterhandlungen im Gange, aus Berlin eine eigene Kirchenprovinz zu bilden und seine Verbindung mit der Provinz Brandenburg zu lösen. Berlin würde dann ein eigenes Consistorium erhalten. Das Cultusministerium und der evangelische Oberkirchenrat seien mit der Neuerung einverstanden.

\* [Neue Eisenbahnbeamtenstellen.] Durch den Eisenbahnnetz ist eine ziemlich große Anzahl neuer Stellen für fast alle Beamtenkreise vorgesehen, den Hoffnungen der Beteiligten ist aber schnell ein Dämpfer aufgesetzt worden; der Eisenbahnminister hat die Directionen zu Erwägungen aufgefordert, ob nicht angesichts des allgemeinen Verkehrsrückgangs ein Theil der Stellen unbesetzt bleiben könnte.

\* [Eine welsche Stimme über die Angelegenheit des Welfenfonds.] Die welsche „Niedersächsische Zeitung“ schreibt in Bezug auf die Angelegenheit des Welfenfonds:

„Wer erwägt, daß erstmals nicht unser (1) Herzog, sondern der Kaiser den Wunsch nach Regelung des Welfenfonds ausgesprochen und dadurch die Sache in Fluss gebracht hat, und zweitens, daß der Brief unseres Herzogs — ohne die politischen Verhältnisse in Hannover und Braunschweig auch nur im entferntesten zu berühren — sich genau in derselben Richtung bewegt, wie seine übrigen in die Öffentlichkeit gekommenen Kundgebungen: der muß anerkennen, daß der Herzog durch sein unverbrüchliches Festhalten an dem, was er recht erkannt, einen nicht zu unterschätzenden Sieg errungen hat, einen Sieg, der die deutsch-hannoversche Partei um so mehr erfreuen muß, als ihre eigene tapfere Haltung in etwas wenigstens zu der Herbeiführung dieses ersten Sieges beigetragen haben dürfte. Es ist aber noch niemals vorgekommen, daß der Sieger die Flinte ins Horn wirft. Im Gegenteil, dieser erste Erfolg ist uns die sichere Gewähr weiterer Erfolge.“

\* [Standesvertretung der Apotheker.] Am vorigen Sonnabend haben einige schlesische Apothekenbesitzer im Cultusministerium eine Eingabe betreffend die Einführung einer Standesvertretung der Apotheker überreicht. Sie wurden an Stelle des verhinderten Ministers vom Unterstaatssekretär v. Wenrauch empfangen, der sich über den Gegenstand der Petition sehr sympathisch äußerte. Er erkannte an, daß eine Standesvertretung, ähnlich der der Aerzte, nach verschiedenen Richtungen hin empfehlenswert sei und betonte namentlich, daß eine solche wesentliche Dienste bei der Vorbereitung des Entwurfs einer Apothekenordnung leisten könne.

\* [Sperrgelder-Verwendungs-Commission.] Es wird der „Germania“ von zuständiger Seite mitgetheilt, daß, nachdem die Minister der Conferenz der Vorsitzenden der Sperrgelder-Verwendungs-Commissionen zugestimmt haben, der 5. April als Tag der Zusammenkunft in Aussicht genommen und festgehalten werden müsste, weil dieser Tag von mehreren Seiten als der zweckmäßigste gewünscht worden ist, und daß die Conferenz in Berlin in einem Zimmer des Abgeordnetenhauses stattfinden wird.

\* [Vorsicht beim Gesetzeschießen.] Die Einführung des neuen kleinkalibrigen Gewehrs bei

suchte ihn mit sanften Worten zu beruhigen, aber er redete sich immer weiter in seine Erregung hinein.

„Nein, nur das nicht! Predige mir nichts vor Geduld und Ergebung! Ich hasse die guten Rathscläger und die frommen Trostesworte solcher, die im Leben alles besitzen, was ihr Herz nur wünscht. Und besonders — hier richtete er sich in seinem Bett auf — besonders sage mir niemals, daß ich selber die Schuld an meinem Leiden trage, daß es mit mir nicht dahin gekommen wäre, wenn ich ein anderes Leben geführt hätte! Ich errathe deine Gedanken. Ich finde es aber abschrecklich, einem Unglücklichen, der auf seinem elenden Lager in den letzten Jügen liegt, zu sagen: Sieh mich an, wie gesund ich bin! Ich bin aber auch tugendhaft gewesen! Sage mir um alles in der Welt nicht so etwas, ich könnte es nicht ertragen.“

Trotz der sanften Gegenreden seiner Schwester fuhr er fort: „Aber ich kenne sie alle, diese tugendhaften Leute, diese Frommen, sie sind alle unbarmherzig, alle.“

„Ich werde dir weder Vorwürfe machen, Arthur, noch dir Moralpredigten halten. Was mir vor allem am Herzen liegt, das ist dich gut zu pflegen, und dabei wirst du mir helfen, nicht wahr? und wirfst mir auch nicht böse sein, wenn ich in der ersten Zeit noch etwas linkisch und ungeschickt bin. Ich möchte dir dein Leiden so gern erleichtern, mein armer Bruder!“

In merklich sanfterem Tone erwiderte er: „So ist es recht; du bist ein gutes Mädchen, ich weiß es ja.“

„Sie legte ihm das Kopfkissen zurecht.

„Ich glaube, du liegst recht unbequem.“

„Ganz furchtbar! Aber so ist es immer! Einmal hingeworfen wie ein Packt, muß ich so liegen bleiben, und wenn ich auf Rasirmesser liege.“

(Fortsetzung folgt)

unseren Truppen hat wegen der gegen früher so außerordentlich gesteigerten Fernwirkung und der Durchschlagskraft der Geschosse auf sehr erhebliche Entfernung an manchen Garnisonorten Schwierigkeiten hinsichtlich des Terrains für das sog. Gefechtschießen im Gefolge. Bei diesem Gefechtschießen wird im Gelände mit scharfen Patronen theils nach festen, theils nach beweglichen Zielen geschossen und schon früher ist stets ein solches Schießen nicht allein vorher öffentlich zur Warnung des Publikums bekannt gemacht, sondern es hat auch stets eine militärische Absperrung des durch abtretende Augen möglicher Weise gefährdeten Terrains im Rücken und an den beiden Seiten der Zielgegenstände stattgefunden. Hinsicht muß diese Absperrung auf sehr viel weitere Entfernung stattfinden, und während früher das Publikum durch Knall und Rauch schon gewarnt wurde, wird, wo beides immer nicht ganz wegfällt, doch in sehr viel geringerem Maße sich geltend machen, die Gefahr zweifellos eine größere. Wie man hört, sollen die Militärbehörden Anlaß genommen haben, die einzelnen Truppenteile auf Beobachtung größerer Vorsicht beim Gefechtschießen, namentlich auf hinreichend ausgedehnte Absperrung des gefährdeten Gebiets hingewiesen haben, was vom Publikum nur dankbar anerkannt werden kann.

\* Aus Westfalen, 20. März, wird der „Frankf. Stg.“ geschrieben: Das Innungswesen in Westfalen kraft in allen Fugen; auch in der Nähe von Dortmund, wo der große Innungswanderer Schneidermeister Möller wohnt, geht eine Innung nach der anderen aus dem Leim. Es ist vorgekommen, daß Innungen, denen die Vergünstigung aus dem § 100 e der Gewerbeordnung verliehen war (das Recht des alleinigen Haltens von Lehrlingen) die Regierung ersuchten, ihnen dieses Recht abzunehmen. Nun hat die Handwerker-Innung der Amtstadt Castrop-Mengede, die eine große Anzahl von Mitgliedern besaß, ebenfalls die Auflösung beschlossen. Der Amtmann, als Vorsitzender der Aufsichtsbehörde, gab sich alle erdenkliche Mühe, die Handwerker von ihrem Vorsatz abzubringen, es war aber vergeblich, und mit großer Mehrheit wurde der Beschluß gefasst.

#### Österreich-Ungarn.

Innsbruck, 22. März. In der heutigen Sitzung des Landtages wurde zunächst die Erklärung der italienischen Abgeordneten, daß sie von ihren Mandaten keinen Gebrauch machen würden, verlesen. Der Landeshauptmann constatirte, daß die italienischen Abgeordneten durch die Nichtausübung ihres Mandats, mit Ausnahme derjenigen, die Urlaub erhalten hätten, ihres Mandats überhaupt verlustig gegangen seien. Im weiteren Verlaufe der Sitzung brachte der Abg. Zallinger den Antrag ein, das volkswirtschaftliche Comité zu beauftragen, geeignete Anträge zum Schutz der heimischen Weinproduktion gegenüber der italienischen Weinmolktafel zu machen und verlangte die Dringlichkeit für seinen Antrag. Der Landtag genehmigte die Dringlichkeit. (W. T.)

#### Schweden und Norwegen.

\* [Die Consulatsfrage in Norwegen] ist vor der Hand besiegelt. Der Sturm hat sich beruhigt, denn auf Antrag des Verfassungsausschusses des Storthing hat der Gesetzesordnungs-Ausschuß beschlossen, die weitere Verhandlung über die Angelegenheit, die von den norwegischen Radicalen so bitter ernst genommen wird — bis zum Monat Mai zu verlagen. Bis dahin werden sich die Herren Heißsporne von der reinen Flagge wohl befreien.

## Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

#### Zur Ministerkrise.

Berlin, 23. März. Das offiziöse Wolff'sche Telegraphenbureau meldet: „Der Reichskanzler ist bereits heute Nachmittag 4 Uhr von Hubertusstock zurückgekehrt. Ueber die Entscheidung der Krise verlautet noch nichts.“

In parlamentarischen Kreisen verlautet, der Oberpräsident von Hessen-Nassau Graf Eulenburg habe sich zur Annahme des Ministerpräsidiums bereit erklärt und seine Ernennung steht unmittelbar bevor. Bisher ist jedoch noch keinerlei Ernennung erfolgt.

Von mancher Seite wird behauptet, Graf Caprivi werde auch als Reichskanzler abtreten und durch Eulenburg ersetzt werden.

Auch über die Ernennung des neuen Cultusministers ist noch keinerlei Entschließung erfolgt.

Bei dem Reichskanzler Grafen Caprivi fand heute Abend ein größeres Diner statt, an welchem zahlreiche Mitglieder des diplomatischen Corps, mehrere Minister und Bundesratsmitglieder, sowie andere hochstehende Persönlichkeiten Theil nahmen.

Graf Biedenkopf wurde heute von der Kaiserin empfangen. Die Genehmigung seines Entlassungsgesuches ist ihm bisher nur mündlich durch den Reichskanzler Caprivi mitgetheilt worden. Als sein Nachfolger wird jetzt auch Oberpräsident Stüdt von Westfalen genannt.

#### Reichstag.

Berlin, 23. März. Der Reichstag beriehlt heute in erster Lesung das Weingesetz. Abg. Bürkl (nat.-lib.) sprach seine Befriedigung über die Vorlage aus und wünschte eine ausgiebige Besteuerung der Kunstweinabrikation. Abg. Schädler (Centrum) sprach gegen die Vorlage, welche nur den Händlern Vorteile bringe, und verlangte die Declarationspflicht auch für jeden gezeichneten Wein. Die freisinnigen Abg. Schenk und Bamberger traten diesem Verlangen entgegen, indem sie dabei den § 7 Nummer 2 bekämpften, weil dort die Declarationspflicht für gezeichneten Wein tatsächlich ausgesprochen werde. Insbesondere widersprach Abg. Bamberger der Ansicht, der Zusatz des Zuckerwassers und die dadurch bedingte Vermehrung der Weine bedeute eine Neuvortheilung der Räuber. Die durch die Vermehrung bedingte Verbilligung komme doch auch den Räubern zu gute. In demselben Sinne sprach noch der Abg. Münch (freis.), während die Abg. Dick (soc.), Haus (Centr.) und Menzer (cons.)

möglichsten Declarationszwang für jede Art von Kunstwein empfahlen. Staatssekretär v. Bötticher nahm nur das Wort, um die Erledigung des Gesetzes in dieser Session zu erbitten. Der Antrag Menzer auf commissarische Berathung wurde abgelehnt.

Sodann wurde der Nachtragsetat (2 Millionen Mark) für die Weltausstellung in Chicago der Budgetcommission überwiesen nach einer kurzen Debatte, an welcher sich die Abg. Samhammer (freis.), Bachem (Centr.), Hammacher (nat.-lib.) und Goldschmidt (freis.) beteiligten. Staatssekretär v. Bötticher versicherte, mit der Summe werde sparsam umgegangen werden, und sprach die Hoffnung aus, daß einzelne Industrien in letzter Stunde noch ihre Enthaltsamkeit aufgeben würden.

Endlich wurden eine Reihe von Petitionen erledigt. Eine Petition des Waldeck-Vereins in Friedland (Mecklenburg) auf reichsgesetzliche Regelung des Vereins- und Versammlungswesens beantragte die Commission dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen. Abg. Rickert wies unter Bezugnahme auf das Verbot von antisemitischen Versammlungen in Hamburg auf Grund eines veralteten Gesetzes das dringende Bedürfnis einer reichsgesetzlichen Regelung nach und beantragte, die Petition zur Berücksichtigung zu überweisen, da der Bundesrat 20 Jahre lang Zeit zum Erwählen gehabt habe. Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antisemit) schloß sich dem Antrage Rickert an, welcher gegen die Stimmen der Rechten und eines Theiles des Centrums angenommen wurde.

Morgen steht (wie schon gemeldet) die Berathung des Weingesetzes und von Petitionen auf der Tagesordnung.

#### Abgeordnetenhaus.

Berlin, 23. März. Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich heute mit Petitionen. Entgegen dem Vorschlag der Commission auf Übergang zur Tagesordnung wurde die Petition von vormalen Schleswig-holsteinischen Offizieren auf Nachzahlung von Pension der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Die Petition der östpreußischen Güdbahn um Genehmigung der Convertirung ihrer Prioritätsobligationen wurde der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen, dafür sprachen die Abg. Weber (nat.-lib.), Kieschke (wildliberal), Plek (Centr.) und Krause (nat.-lib.), während der Conservative Bredow und Geheimrath Lehmann widersprachen. Letzterer sagte, es liege kein öffentliches Interesse vor, in diesem Falle von der Praxis der Ablehnung solcher Convertirungen abzuweichen. Es handle sich hier um einen Kampf der Gläubiger und Actionäre der Gesellschaft, in dem die Regierung keine Veranlassung habe, sich auf eine Seite zu stellen. Morgen erfolgt die Berathung des Berggesetzes.

#### Herrenhaus.

Berlin, 23. März. Das Herrenhaus überwies heute das Tertiärbahnengesetz an eine Commission. Minister Thielken erklärte, der Gesetzentwurf, ausdringenden Bedürfnissen hervorgegangen, bewecke das Privatkapital für den Bau von Tertiärbahnen geneigter zu machen. Morgen soll die Berathung des Polizeikostengesetzes vorgenommen werden.

Berlin, 23. März. Der Kaiser leidet nach dem „Berl. Tagebl.“ an einem leichten Lungenemphysem mit leichten asthmatischen Anfällen, welches er sich während eines Ausfluges nach dem Grunewald zugezogen hat.

Berlin, 23. März. Die dem Magistrat zugängliche Ausstellung des Einschätzungsresultats in Berlin pro 1892/93 ergibt gegen 1891/92 ein Plus an dem Steuersoll von 4 362 769 Mk. — Die „Post“ erfährt aus Kairo, daß zwischen Major v. Wissmann und dem Antiklavieren-Comité neue Schwierigkeiten entstanden seien, weil entgegen der zwischen dem Commerzienrath Lange und Wissmann getroffenen Vereinbarung der Plan aufgetreten sei, daß Lieutenant v. Elz den Dampfer nach dem Massa transportieren und Wissmann erst dort die Führung übernehmen soll.

— Die „Nordd. Allg. Stg.“ drückt einen Artikel „von sachverständiger Seite“ zu Gunsten der Erhöhung des Tabakzolles ab.

— Die „Kreuzzeitung“ macht die „schamlose Judenpresse“, das erbärmliche, niederträchtige semitische Presbantentum in unseren freisinnigen und nationalliberalen Zeitungen“ verantwortlich für einen frechen Artikel des „Wiener Tageblattes“ gegen den Kaiser Wilhelm, welchen die „Kreuzzeitung“ auszugsweise wiedergibt. Es geht, meint die „Kreuzig.“, über das Maß des Erlaubten hinaus, daß der österreichische Ministerpräsident Graf Taaffe das dulde, und sie hofft, daß der deutsche Botschafter in Wien Genugthuung fordern werde.

Karlsruhe, 23. März. Der Großherzog ist leicht an einem mit mäßigem Fieber verbundenen Bronchialkatarrh erkrankt. Gerüchteweise verlautet hier von einer Erkrankung der Kronprinzessin von Schweden, der Tochter des Großherzogs.

Wien, 23. März. Zur Begehung der Comenius-Feier veranstaltet das Prager Stadtverordneten-Collegium am Donnerstag eine Festversammlung. Wie hier verlautet, wurde seitens der tschechischen Studenten die Absendung eines in französischer Sprache abgesetzten Telegramms an den

deutschen Kaiser beschlossen, in welchem dieser der Dank ausgesprochen werden soll, daß der preußische Unterrichtsminister den Schulbehörden die würdige Begehung der Comeniusfeier ans Herz gelegt hat. In sämtlichen tschechischen Theilen Böhmens wird die Comeniusfeier demonstriert begangen werden.

Wien, 23. März. Der Abschluß der österreichischen Creditanstalt balancirt mit 181 112 587 Gulden. Der Reingewinn beträgt 4 247 870 Gulden, der Gewinn an Effecten 165 262, an Contortalgeschäften 540 185, an Jinsen 3 695 551, an Provision 1 363 759, an Devisen 454 920 Gulden. Das laufende Geschäft ergab eine 9,12 prozentige Verzinsung der Aktienkapitale.

Rom, 23. März. In der Kammer fragte heute der Deputierte Imbriani an betreffend eine öffentliche Aufführung Tavernas (Brief über die Belebung Cavours und der gemäßigten Partei an der Einigung Italiens). Der erste Präsident erklärte die Anfrage für inopportun, da Handlungen von Bürgern und Senatoren nicht zum Gegenstand der Controle der Kammer gemacht werden könnten. Auf den Einwand Imbrianis, Taverna sei nach der Erklärung des Ministerpräsidenten Rudini zum Botschafter in Berlin designirt, erwiederte der Präsident, eine Designation sei keine offizielle Ernennung. Der Ministerpräsident Rudini stimmte dem Präsidenten bei und erklärte, die Anfrage nicht beantworten zu können. Imbriani behielt sich die Erneuerung seiner Anfrage vor, wenn Taverna zum Botschafter ernannt worden sei.

Petersburg, 23. März. Dem „Regierungsboten“ zufolge sind die von Mikhwachs heimgesuchten Gouvernements bis zum Monat Mai mit Nahrungsmitteln versorgt. Auch die Versorgung der Bauern mit Saatgut für die nächste Aussaat sei sichergestellt. Die Bestellung der bäuerlichen Felderwickeln sich glatt ab. Für Maßnahmen zur Fütterung des Zugviehs und zur Hilfeleistung beim Ackern hat das Ministerium des Innern vier Millionen Rubel bewilligt.

Neustrelitz, 23. März. Nach dem amtlichen Resultat der Reichstagswahl sind 17 408 Stimmen abgegeben worden, von denen Graf Schmerin-Wolfshagen (deutschconservativ) 8281, Gutsräther Wilbrandt-Pjede (deutschfreisinnig) 6525 und Lütgenau (Socialist) 2597 erhalten hat. Die danach nothwendige Stichwahl zwischen Schwerin und Wilbrandt findet am 29. März statt.

Petersburg, 23. März. Die im Jahre 1891 eingelaufenen direkten Steuern von der ländlichen Bevölkerung betragen 84 881 299 Rubel gegen den Voranschlag von 114 603 768 Rubel, ergaben mithin von leichterem 7,1 Prozent. Ein Plus gegen den Voranschlag weisen nur die Eingänge aus den polnischen Gouvernements nach, welche 3 769 449 Rubel gegen den Voranschlag von 3 711 617 Rubel ergaben. Im europäischen Russland erbrachten die Steuer-Eingänge 71,8, im Aukasus 99,6 Prozent des Voranschlags. Von den übrigen Ständen gingen 1891 an direkten Steuern 19 388 975 Rubel gegen 19 185 714 Rubel des Voranschlages ein. Im Vergleich zu 1890 sind leichtere Steuererträge 1891 erheblich hinter dem Voranschlag zurückgeblieben.

#### Danzig, 24. März.

\* [Zur Stadterweiterung.] Der Gartenbau-Verein hat nun die von ihm — wie in dem Bericht über die letzte Sitzung derselben bereits mitgetheilt — berathene Denkschrift, welche bei Niederlegung der Wälle gegen den Bebauungsplan des Magistrats erweiterte Garten-Anlagen vorschlägt, den städtischen Behörden überreicht und mit einem seine Abänderungsvorschläge enthaltenden Plane begleitet. In der Denkschrift heißt es: „Wir ergründen diese, in absehbarer Zeit wohl nie wiederkehrende Gelegenheit, einem längst gefühlten Bedürfnis nach Einrichtung einigermaßen ausreichender öffentlicher Anlagen Rechnung zu tragen, lediglich in der Absicht, dem Gemeinwesen, dem wir angehören, einen Dienst zu erweisen und dasselbe einer bisher entbehrt Wohlthat heilhaft werden zu lassen.“ Die Denkschrift richtet sich dann zunächst gegen das Project des Magistrats, welches wie folgt lautet: „Der gesamte kleine Irrgarten wird auf eine Fläche von 3 Hectar erweitert. Eine 30 Meter breite Promenade soll sich längs derselben rechts vom Hohenhöhe für den aus der Stadt herauskommenden hinziehen, während links vom Hohenhöhe ein gleichfalls 30—50 Meter breiter Streifen Land bis zum Petershagener Thore hin zu Promenaden und Anlagen reserviert bleibt.“ Das erachtet der Gartenbau-Verein für ungenügend. Er stellt diesem Project folgende Vorschläge gegenüber: Die im Entwurf festgestellte Baulücke, welche mit der Front des Hohenhöhe ansetzt und sich zum Theil auf dem jenseitigen Grabenterrassen hinzieht, bis zum Stockthurn zurück zu verlegen. Hierdurch würde unter Aufgabe einiger bisher geplanter Häuserblöcke südlich vom Hohenhöhe ein Raum von 4 Hectar 62 Ar für Anlagen gewonnen werden und der Kleine Irrgarten würde eine Größe von 2 Hectar 23 Ar 72 D-Metern erhalten. Das Stockthurn kommt dann auf einem freien Platz zwischen den Anlagen zu stehen, und zwischen dem Stockthurn und der neuen Synagoge entsteht ein fernerer freier Platz. Dieser letztere könnte zunächst als Schmuckplatz angelegt werden, später aber für einen Monumentalsbau — etwa ein Theater — benutzt werden; das an jener Stelle eingetragene Gebäude hat die doppelte Länge und eine etwas größere Breite als unser jetziges Theater. Der Neumarkt, welcher doch nur schwer seiner jetzigen Bestimmung zu entziehen wäre, bliebe dann der selben einzuweihen erhalten. Gegen den Entwurf des Magistrats enthält derjenige des Gartenbau-Vereins eine um 26 817 D-Meter kleinere Bafläche, wodurch — unter Zugrundelegung eines Verkaufspreises von 35 Mk. für das Quadratmeter — für die Stadt ein Ausfall von 938 595 Mark entstehen würde, vorausgesetzt, daß wirklich

alle Bauplätze zu diesem Preise verkauft werden könnten. Dieser Ausfall stehen aber nach der Ansicht des gutachtenden Vereins folgende Vortheile gegenüber:

1. Die von Bastion Karren bis Bastion Wieben sich erstreckenden Häuserblöcke werden bedeutend tiefer und dadurch zweifelsohne wertvoller, da sie die Errichtung großer Gebäude mit ausreichenden Höfen und Hintergebäuden ermöglichen, was nach dem ursprünglichen Entwurf wohl ausgeschlossen erscheint.

2. Sie gewinnen an Wert dadurch, daß ihre Fronten durchweg die Aussicht auf die Anlagen haben und nicht auf enge Gassen blicken. Sie sind also zunächst dazu geeignet, in ihren Straßenseiten den modernen Anforderungen entsprechende Wohnungen einzurichten, wie die alten Stadttheile deren nur wenige bieten können.

3. Nach dem Bebauungsplan liegen auf dem in Rede stehenden Terrain Straßenläufe im Gefammlintheite von 48 899 D-Meter, wogen in dem Gartenbauvereins-Entwurf für Straßen und Plätze nur 30 135 D-Meter enthalten sind. Die Ausführung würde also eine direkte Erfparnis an Kosten für Anlage, Kanalisation, Beleuchtung und Unterhaltung von Straßen und Plätzen mit sich führen. Da die betreffende Fläche um 18 763 D-Meter kleiner ist als in dem bisherigen Entwurf, so würde schon in der Position für Pfasterung (das Quadratmeter schwedischen Kopfsteinpflasters zu 9 Mk. gerechnet) ein Betrag von 168 867 Mk. erparlt werden; die übrigen erparlteten Kosten für Kanalisation u. s. w. würden sich leicht an der Hand einschlägiger Materialien feststellen lassen.

4. Die unter Nr. 16 der Magistrats-Denkschrift als notwendig bezeichnete Treppe, welche die Verbindung zwischen dem Vortheilstreppen und dem Schwarzen Meer herstellen soll, würde in Wegfall kommen, wenn der Ausgang an der betreffenden Stelle innerhalb freier Anlagen hergestellt würde, wo er sich durch entsprechende Anschüttungen ausführen ließe.

5. Wenn die Anlagen in der hier vorgeschlagenen Ausdehnung zur Ausführung gelangen, so ist damit der Vortheil verbunden, daß das ganze für diesen Zweck bestimmte Terrain keineswegs so gleichmäßig eingebettet werden darf, als es der Fall wäre, wenn dieselbe Fläche bebaut werden sollte. Würde bei der Einebnung Mangel an Boden ergeben, so sind bleibende flache Mulden mit großem Vortheil für die Anlage zu verwerthen und die Erfparnis an Erdbewegung ist nicht gering zu veranschlagen.

Herrn Baurath Stübgen in Köln ist von dem Verein bereits ein Exemplar des Entwurfs nebst Text zu seiner Orientierung überhandt worden, da er von Seiten des Magistrats mit Begutachtung dieser Angelegenheit betraut worden ist.

\* [Umbau des Bahnhofes Dirschau.] Wie wir j. mitgetheilt haben, sind die Gleise anlagen auf dem Bahnhofe Dirschau nach Eröffnung der neuen Weißelbbrücke nur provisorisch gelegt worden, und es wird namentlich die Einfahrt von Danzig eine wesentlich andere Lage bekommen. Zu diesem Zwecke werden in den nächsten Tagen auf dem Rangirbahnhofe bei Dirschau erhebliche Umbauten begonnen werden, welche erst im Spätsommer beendet sein dürfen. Erst dann, wenn die Gleise ihre definitive Lage erhalten haben, kann die Eisenbahnverwaltung mit der Erbauung einer überdeckten Halle, welche den Zwischenperron überspannen wird, und mit der Anlage eines Tunnels, welcher von dem Zwischenperron nach dem Empfangsgebäude führen soll, vorgehen. Schon jetzt ist mit dem Bau einer Erfrischungshalle auf dem Zwischensteige begonnen worden.

\* [Ver novità einer Postkarte.] Zu dem amtlich aufbewahrten Gegenständen im Sinne des Strafgesetzes gehört nach einem Urteil des Reichsgerichts vom 13. November 1891 auch eine in den Briefkasten gelegte Postkarte. Wer eine solche, von ihm selbst aufgegebene Karte, statt sie auf dem vorgegebenen Wege zurückzufordern, dem mit der Leerung des Briefkasten beauftragten Beamten wider dessen Willen abnimmt und vernichtet oder bei Seite schafft, hat sonach Gefangenstrafe verükt.

\* [Beginn des Rentenbezugs.] Als Versicherte im Sinne des § 157 des Invaliditäts- und Alters-Versicherungsgesetzes, welche während der Übergangsperiode auf eine Altersrente Anspruch erheben können, sind nach mehrfachen Entscheidungen des Reichs-Versicherungsamts solche Personen anzusehen, welche tatsächlich thätig sind und erst später in eine versicherungspflichtige Beschäftigung eintritt, so hat er auch erst von diesem Termine ab, und nicht schon vom 1. Januar 1891, die Rente zu fordern.

\* [Wochen-Nachweis der Bevölkerungs-Borgänge vom 13. März bis 19. März 1892.] Lebend geboren in der Berichtswoche 35 männliche, 46 weibliche, zusammen 81 Kinder. Todgeboren 1 weibliches Kind. Gestorben 22 männliche, 41 weibliche, zusammen 63 Personen, darunter Kinder im Alter von 0 bis 1 Jahr 14 ehelich, 1 außerehelich geboren. Todesurteile: Diphtherie und Croup 2, Brechdurchfall aller Altersklassen 4, darunter von Kindern bis zu 1 Jahr 3, Lungenschwindsucht 7, acute Erkrankungen der Atemhungsorgane 8,

angetroffen wird. In eben diesem Sitzungssaale befindet sich aber auch mangels anderer zweckmäßiger Räume das Bureau für das Standesamt und ein Theil der Kanzlei. Es entsteht nun der Uebelstand, daß an den für die Stadtverordneten-Sitzungen bestimmten Nachmittagen sowohl der Standesbeamte als auch die Kanzlisten den Saal räumen müssen. Bei standesamtlichen Aktionen aber ist die Anwesenheit nicht beteiligter Personen häufig recht störend. Andererseits befinden sich einige Bureauräume des Magistrats und der Polizei-Bewaltung im Erdgeschoss, andere, wie auch das Arbeitszimmer des Bürgermeisters, im ersten Stock, ein Umstand, der wahrhaft unerträglich ist, wenn man bedenkt, daß zwischen dem ersten Stock und dem Erdgeschoss nicht einmal eine direkte Verbindung besteht, sondern Publikum und Beamte, um aus einem Bureau in das andere zu gelangen immer erst den Laubengang vor der Thüre passieren müssen. Um nun den genannten Uebelstunden abzuheben, wird projectirt, den Sitzungssaal für die Stadtverordneten ins Erdgeschoss zu verlegen, wo durch Niederwerthen einiger Wände sich mit geringen Kosten ein neuer Saal herstellen läßt, der nicht nur erheblich größer, sondern auch höher und lustiger werden würde als der alte. Durch Theilung des alten Sitzungssaales und durch geringe bauliche Änderungen würden dann im ersten Stockwerk genügende Raumlichkeiten zur Unterbringung sämtlicher Bureaus geschaffen werden können. Zeichnungen und Ansätze sind bereits angefertigt und so dürfen die Herren Stadtverordneten bald über den Umbau zu beschließen haben. Erwähnen wollen wir noch, daß durch den projectirten Umbau der alte, aus der Ordenszeit stammende Bau durchaus nicht berührt wird, sondern die Veränderungen nur den im vorigen Jahrhundert aufgeführten Anbau im Innern umgestalten würden.

K. Thorn, 23. März. Zu denjenigen Einrichtungen, welche unserer ärmeren Bevölkerung über die Röthe der letzten Hälfte dieses Winters wesentlich hinweggeholfen haben, gehört in erster Linie die hiesige, erst vor kurzem errichtete Volksschule. Der Preis für die Speise ist ein so mäßiger, daß die Befreiung von Tag zu Tag derart wächst, daß schon jetzt an eine Erweiterung der Volksschule gedacht werden muß. Viele Familien haben ihre Mahlzeiten aus derselben bezogen, die städtischen Behörden haben mehrere hundert Mark geopfert zum Ankauf von Speisezetteln, auf Grund welcher den Armen Essen in der Volksschule verabfolgt wird. Als segensreich hat sich auch die Verpflegungsstation erwiesen, die auf Kulmer Vorstadt eingerichtet ist, wo alle bedürftigen zureisenden Personen, die sich durch Papier legitimiren können, unentgeltliche Aufnahme finden. Wir bemerkten hierbei noch, daß auch unser Nachbarort Mochel Mittel geopfert hat, um den dortigen Bedürftigen unentgeltliche Röthe aus der hiesigen Volksschule zukommen zu lassen. Jetzt hat sich in Mochel ein Zweigverein des vaterländischen Frauenvereins gebildet, dem in dem über 10000 Einwohner zählenden Dorf allseitige Sympathie entgegengebracht wird.

Röslin, 22. März. Das gegen die hiesige Papierfabrik wegen der von diesem Etablissement verbreiteten üblen Gerüche eingeleitete Verfahren ist noch in der Schweben. Die Versuche der Fabrik, Einrichtungen zu treffen, durch welche die Schwefelverbündungen in den abziehenden Gasen beseitigt werden, sind bisher erfolglos geblieben, da es keinen Condensationsapparat gibt, der die Gase so trocknet, daß der Schwefelwasserstoff ganz verbrannt wird. Und dieser ist es eben, welcher den unangenehmen Geruch hervorruft. Die Leitung der Fabrik hat sich nun entschlossen, bei der Regenerierung der zur Cellulose-Herstellung gebrauchten Laugen vom Sulfat Abstand zu nehmen und nur reine Soda zu verwenden. Bei dem erheblich höheren Preise der Soda erwägt dadurch der Fabrik eine jährliche Mehrausgabe von 20000 Mk. Wie die „Rösl. Stg.“ erfährt, hat die Leitung der Fabrik an die königl. Regierung unter Darlegung dieses Sachverhaltes nun das Erfuchen gestellt, die gegen sie verhängten Strafen niederzuschlagen.

Königsberg, 23. März. Ein eigenhümliches Schicksal hatte in der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung die Elektricitäts-Vorlage. Dieselbe war in letzter Sitzung in der Hauptstube, nämlich so weit für eine Erhöhung des Tarifs für Verbrauch elektrischen Stromes betrifft, abgelehnt und nur in den Nebenbestimmungen angenommen worden. Aber im letzten Augenblick hatte Stadtver. Dr. Falkson zweite Leistung beantragt, und so kam die Sache heute noch einmal zur Verhandlung. Zum zweiten Male brach der Magistrats-Decernent Stadtver. Warkeinen für die Erhöhung des Tarifs eine Lanze und wurde diesmal darin auch von mehreren Rednern aus der Verfassung unterstellt, andererseits wurde in heutiger Sitzung namentliche Abstimmung beantragt. Diese ergab nun das unerwartete Resultat, daß während in voriger Sitzung eine, wenn auch nicht sehr erhebliche Majorität gegen die Tariferhöhung gestimmt hatte, diesmal für die Tariferhöhung 50, gegen dieselbe nur 37 Stadtverordnete stimmten, so daß also vom 1. April namentlich die größeren Consumenten elektrischen Lichts für dasselbe eine etwas höhere Summe auszuzahlen gezwungen sind. (Agsb. Allg. Stg.)

### Bermischte Nachrichten.

[Die Entwicklung in Chicago.] Der bekannte amerikanische Geograph Dr. C. Steffens aus Newyork macht in der neuesten Nummer des „Globus“ (Illustr. Zeitfr. p. Ländr.- u. Volkskunde von Dr. R. Andrei) höchst interessante Mittheilungen über die beispiellose Entwicklung von Chicago, dem Schauplatz der nächsten Weltausstellung, eine Entwicklung, die selbst ihn, den an rasche Fortschritte gewohnten Newyorker, aufs höchste in Erstaunen versetzt hat. Es geht keine zweite Stadt in der Welt, die ein derartig rasches Wachsthum aufzuweisen hätte; denn das heutige Chicago ist als Stadt noch nicht 60 Jahre alt. Bis zum Jahre 1833 war es ein kleiner Flecken von 550 Einwohnern in 175 Häuschen; von da an datirt der Aufschwung, denn in diesem Jahre wurde das umliegende Ackerland (heute die Staaten Indiana, Michigan und Illinois) den Indianern um  $\frac{1}{2}$  Millionen Mark abgekauft. 1837 erhielt Chicago Stadtrechte; es zählte damals 4170 Einwohner und bedeckte einen Flächenraum von  $2\frac{1}{2}$  Quadratmeilen. Heute bedeckt die Stadt 182 Quadratmeile; die Einwohnerzahl aber ist in folgender Weise gestiegen: 1850 29963, 1860 109206, 1870 306605, 1880 491516, 1890 1098576 Einwohner! Dadurch wurde Chicago, Philadelphia übertreffend, zur zweitgrößten Stadt der Union. Seitdem dürfte seine Einwohnerzahl durch Angliederung verschiedener Nachbarorte bereits auf 1300000 gestiegen sein, so daß es heute nur 300000 Einwohner weniger hat als Berlin. Unter all den staunenswerten Fortschritten und Neuerungen dieser Aönigswelt sind jene fabelhaften, thurmartigen Kasernenbauten von 10 bis 20 Stock (40 bis 90 Mtr.) Höhe, die man seit 1884 überall in der City hauptsächlich aus Holzstegen und Eisenstählen errichtet, jedenfalls das Wunderbarste. Es ist ja schon vieles über diese Riesenbauten in europäischen Zeitungen berichtet worden, aber unfreies kann sich von ihrer unerhörten Großartigkeit schlechterdings keine Vorstellung machen.

[Merkwürdiges Meteorereisen.] In Arizona glaubte man im März des vorigen Jahres auf eine der gelegenen Eisens gestoßen zu sein und sandte Proben davon an den Geologen Foote. Derselbe erkannnte bei genauer Untersuchung, daß es sich um Meteorereisen handelte, und begab sich im Juni an Ort und Stelle. Der Fundort liegt 16 Kilometer südöstlich von Canon Diablo am Fuße einer kräftevollen, aus Sand- und Gesteinsgebilden Erhebung, die den Namen Krater Mountain führt. Dieser Berg ist 122 Meter hoch und hat auf dem Gipfel eine 1-2 Areal. Im Durchmesser haltende, ziemlich steile Vertiefung, die 15-20 Meter unter das Niveau der umgebenden Ebene absteigt, also einen sehr deutlichen Krater bildet. Von vulkanischem Gestein wurde indessen trotz eifrigster Nachforschung keine Spur gefunden. Dagegen entdeckte man mehrere größere und kleinere Massen meteoriti-

schen Eisens, und zwar meist an der Basis des Kraters. Später fanden sich sogar Stücke von  $4\frac{1}{2}$  bis 5% Centner Gewicht, außer mehr als 120 anderen im Gewicht von 2-3 Kilogr. Eine Anzahl wurde durch Graben aufgefunden, und auch die drei größten Massen waren mit Erde und Gras bedeckt. Man kann sich bei Schilderung dieser Verhältnisse kaum des Gedankens entzüglich, daß die kratersförmige Höhlung dort durch Ausschlagen einer sehr großen meteoritischen Masse auf den Erdbooden entstanden ist, ein Vorgang, ähnlich demjenigen, durch welchen verschiedene Forscher die Bildung der großen Mondkrater erklären wollen. Ein Stück des Meteorites wurde von König untersucht, der einen vorläufigen Bericht über seine Arbeit vorgelegt hat. Diesem Berichte zufolge ist das betreffende Meteorereisen außergewöhnlich hart, und nur mit äußerster Mühe, nachdem eine Menge Instrumente beschädigt worden, gelang es, einen Durchschnitt durch dasselbe herzustellen. Dieser Schnitt führte im Innern auf eine Höhlung, die zur großen Überraschung des Untersuchenden, Diamanten enthielt. Diese leichten sind klein und schwarz, daneben fanden sich Körnchen von amorpher Kohle, und ein Stück gab, mit Säure behandelt, einen weißen Diamanten von 0,5 Mm. Länge. Außerdem fand man Troilit und Daubrit. Die Masse enthielt endlich drei Proc. Nickel. Nach den vorstehenden Angaben, deren Richtigkeit zu beweisen kein Grund vorhanden ist, gehört jenes Meteorereisen zu den merkwürdigsten, die jemals gefunden wurden. Erst seit 1887 hat man in Meteorsteinen Diamanten entdeckt, aber das auch in einem Meteorereisen solche vorhanden sein könnten, hätte niemand vermutet, ja, man durfte es mit guten Gründen für völlig ausgeschlossen halten. Hervorgehoben zu werden verdient, daß schon vor 17 Jahren der Geh. Regierungsrath Menzenbauer die Behauptung aufgestellt hat: „Der Diamant kann nur kosmischen Ursprungs sein, und zwar ist er sowohl zu gleich mit dem Urgestein entstanden wie auch als Meteorit in späteren Perioden der Erdbildung niedergeschlagen.“ Eine sachgemäße Untersuchung an den Fundorten würde geeignet sein, ein helles Licht über den dunkelsten Punkt des menschlichen Wissens zu verbreiten.“ Dieser lehrte Theil der Behauptung Menzenbauers, nämlich das Vorhandensein von Diamanten in Meteoriten, hat in den letzten vier Jahren eine glänzende Bestätigung erhalten.

\* [Die Ehe eines englischen Lords mit einer Zulenerin.] In England wird demnächst eine eigentliche Erbfolge-Angelegenheit entschieden werden. Es handelt sich um den Oberhaussitz und um den Titel eines Grafen von Stamford. Der vorletzte Graf von Stamford, der im Jahre 1883 gestorben ist, war dreimal verheirathet. Aus den beiden ersten Ehen sind keine Erben mehr vorhanden, die berechtigt wären, die Pairswürde zu erwerben. Nur aus der dritten Ehe des Grafen existiert noch ein direkter männlicher Nachkomme. Dieser dritte Sohn ist aber am Cap der guten Hoffnung mit einem Zuluebe geschlossen worden. Die Haftarbe des aus dieser Vereinigung entprossenen Knaben wird seine Ansprüche durchaus nicht entkräften; aber die Ehe ist einzig und allein nach der Landessitte, d. h. nach den sehr primitiven „Kirchengebräuchen“ der Jules geschlossen worden. Stellt diese summarische Ceremonie eine nach englischem Rechte gültige Ehe dar? Das ist die Frage, welche von der Commission des Oberhauses beantwortet werden soll.

\* [Ernst Pasque], lange Darmstädter Hoffspieler, in den letzten Jahren Verfasser von Romanen und Erzählungen, ist am Sonntag, 71 Jahre alt, gestorben.

ac. [Die Pflichten der chinesischen Frau.] Die Engländerin Miss A. C. Safford hat kürzlich ein altes aus 315 Kapiteln bestehendes chinesisches Werk ins Englische überlebt, welches darlegt, wie vor 2000 Jahren eine chinesische Frau sich benehmen sollte. Ihre erste Pflicht ist: „ihren Gatten, wie den Himmel zu verehren“. Ist sein Leben in Gefahr, so darf sie keinen Augenblick zaudern, für ihn in den Tod zu gehen. Die Vorschriften werden durch eine Anzahl von Erzählungen erläutert. Soldaten, die dem Hungertode nahe waren, ergripen einstmals einen Bauen, um ihn zu verspeisen. Da legte sich seine Frau für ihn ins Mittel: „Mein Mann ist sehr mager. Der kann Euch den Mund nicht füllen. Aber ich bin fleischig und von dünlicher Hautfarbe. Man sagt, daß das Fleisch solcher Personen ein ausgezeichnetes Gericht giebt.“ Die hingrigen Soldaten liefern das Argument geltend und verspeisen die Frau anstatt des Mannes. — Andere Vorschriften sind folgende: in Gegenwart ihrer Eltern oder Schwiegereltern darf eine Frau nicht niesen, oder husten, oder sich recken oder gähnen. Sie darf sie auch nicht anglohen. Sie soll stets ein glückliches und ein mildes Gesicht vor Schau tragen, damit sie sie befriedigt. Die Gattin Liu Sung-tieh wird besonders in dem Buche geprahst: drei Jahre nach ihrer Hochzeit hatte sie noch niemand lächeln sehen.

ac. [Der Prophet vom Untergange der Welt.] Der englische Prophet Bagster, welcher den Untergang der Welt für den 11. April des Jahres 1901 angefragt hat, hielt lebhaft wiederum einen Vortrag über das große Ereignis, worauf sich alle vorbereiten sollten. Da er sich plötzlich jemand unter der Zuhörerschaft und fragte den Redner, ob er bereit sei, sein gesammtes Vermögen einer wohlthätigen Stiftung zu verhören, welches er nach dem 11. April 1901 gehörte. Bagster meinte, das sei ganz unnötig, denn es würde ja niemand mehr leben. „Schadet nichts, erwiderte der Unentwegte, vielleicht kommen doch noch einige arme Teufel mit dem Leben davon, denen das Geld gut zu stehen kommen würde. Ich und ein Freund von mir, wollen als Verwalter der Stiftung fungieren. Also fertigen Sie das Schriftstück aus.“ Dem Pastor Bagster aber erging es, wie dem reichen Jüngling, „denn er hatte viele Güter“. Das Schriftstück wurde nicht ausgefertigt, Bagster aber verschwand eiligst.

Kassel, 22. März. Das Brandunglück, welches das Städtchen Immenhausen betroffen hat, ist furchtbarer, als nach der ersten Meldung angenommen werden konnte. Es sind 100 Gebäude, darunter 60 Wohnhäuser und zahlreiches Vieh verbrannt. Den gemeinsamen Anstrengungen der Feuerwehr und des Militärs, die man von Kassel requirirt hatte, gelang es, ein Weiterumschreiten des Feuers zu verhindern.

\* Paris, 20. März. [Ermordung einer Dame.] In der Rue Talibout ist gestern Nachmittag ein Mord verübt worden, der stark an das Verbrechen Prinzessin erinnert. Eine dort seit 15 Jahren in demselben Hause wohnende Person von schlechten Sitten, die 40jährige Lucie Dubois, wurde in ihrem Ankleideraum von ihrer Schwester, die sich als Dienstmädchen bei ihr aufhielt, mit durchschnittenem Halse zur Erde liegend aufgefunden. Die Schwester hatte kurz vorher Lucie Dubois im Schlafzimmer mit einem Manne freudigstatisch sprechen hören, aber sie hatte denselben nicht gefehlt, und er konnte entstehen, ohne von sonst jemandem gesehen zu werden.

Lille, 22. März. Die Fabrik von Capron in Valenciennes ist in der vergangenen Nacht mittels Dynamit in die Luft gesprengt worden. Die Gebäude wurden zerstört und zwei Personen getötet.

Nizza, 19. März. Der Held von Monte Carlo war in den letzten Wochen Robert Peel, ein Sohn des berühmten englischen Ministers. Er spielte mit unerhörtem Glück am Roulette sowohl wie Trente et Quarante, und verlor nicht, daß durch den Spielgewinn sein Guthaben bei dem Credit Lyonnais binnen einem Monat von einigen Hundert auf 16000 Pfund (320000 Mark) angewachsen sei. Die Spielerglocke sorgte nach Kräften dafür, daß diese Thatache allgemein bekannt wurde, denn die Aunde von einem großen Gewinn lohnen immer ganze Scharen neuer Gimpel nach Monte Carlo. Am vorigen Dienstag beschloß Mr. Peel abzureisen, nachdem er in einem Telegrammaustausch mit seiner Braut den Tag ihrer Hochzeit festgestellt hatte. Er ließ sich über sein Guthaben einen Check auf die Bank von England ausspielen

und löste sein Billet nach London. Die Stunden vor seiner Abreise brachte er in dem Spielsaal zu, wo ihm Fortuna eine so treue Freundin gewesen war. Er sah auch einige Louis und — verlor, verlor in einem fort. Es währt nicht lange, so hatte ihn der Spielleut wieder völlig übermannt. Innerhalb zweier Tage war er seine 16000 Pfund, bis auf die leere Guinee los. Dabei brauchte ihm die Spielbank nicht einmal die Heimreise zu bezahlen, denn das Billet nach London hatte er ja schon gelöst.

Petersburg, 18. März. Im Gouvernement Orel werden Wölfe und Bären zur Landplage. Viele Dörfer haben keine Hunde mehr, weil diese von den Wölfen aufgefressen sind. Es ist gefährlich, am hellen Tage die Landstraße zu befahren. Die Wölfe sind ohne Nahrung und fallen selbst in der Nähe der Dörfer und Städte jeden Transport an.

### Schiffs-Nachrichten.

C. London, 22. März. Während eines heftigen Südsturmes trieb gestern Morgen der dänische Schooner „Amphitrite“, von Kopenhagen nach Island unterwegs, bei der zur Orkney-Gruppe gehörigen Insel Sanday auf den Strand. Die Mannschaft und die wenigen an Bord befindlichen Passagiere vermochten sich zu retten, dagegen ist das Schiff gänzlich verloren.

Queenstown, 21. März. Von dem durch das schwedische Schiff „Marguerite“ in den Grund gebrochenen französischen Schooner „L'Espoir“ ist außer dem Steuermann auch ein Schiffsgeselle getötet, nachdem er sich 4 Stunden an einem Wrackstück festgehalten hatte. Der Überlebende wurde hier gelandet.

### Zuschriften an die Redaktion.

Mit Spannung folgen die Lehrer Danzigs den Verhandlungen, die jetzt in den städtischen Körperschaften über den neuen Bevölkerungsplan stattfinden, wonach der bisherige Stellenat in einen Stat nach dem Dienstalter umgewandelt werden soll. Bisher war das Minimalgehalt 1050 Mk., das Maximum 2300 Mk. Nach dem neuen Stat soll das Gehalt von 1200 bis 2800 Mk. in 30 Dienstjahren steigen, wobei aber zu berücksichtigen ist, daß in diesem Gehalte bis zu 10 Jahren ein Wohnungsgeld von 200 Mk. und darüber hinaus ein solches von 300 Mk. steht.

In der Stadtverordnetensitzung am 18. d. M. wurde nun über das Princip der Dienstalterszulagen verhandelt. Näher auf dieselbe einzugehen, ist unnötig, da die „Danziger Zeitung“ einen ziemlich ausführlichen Bericht gebracht hat. Nur auf einige Punkte wollen wir noch hinweisen. Herr Stadtverordneter Davidsohn stellte es so dar, als ob die Stadt Danzig nicht in der finanziellen Lage wäre, diese Aenderung durchzuführen. Er erwähnte hierbei, nach Leipzig, Frankfurt ic. könnte man sich nicht richten, denn dort liegen die Verhältnisse ganz anders. Jugegeben! Aber warum in die Weite schweifen? Wir wollen nur auf Königsberg, Posen, Thorn, Bromberg hinweisen, wo doch gewiß die Verhältnisse ähnlich liegen. In Posen p. B. bedeutend kleiner als Danzig, steigen die Lehrer von 1200 Mk. (definitiv angestellte 1300 M.) bis 2700 Mk. in 26 Dienstjahren. Ähnlich ist es in den andern erwähnten Städten. Nun fährt Herr Davidsohn fort: „und nach Thorn, nun, da brauchen wir uns nicht zu richten.“ Dasselbe hätte er ja auch auf die von ihm angeführten Städte Leipzig, Frankfurt ic. beziehen können. Es wäre dann doch viel einfacher gewesen, wenn er vorne herein erklärt hätte, er sei ein Gegner dieses Systems, weil — nun weiß der Stadt Kosten dadurch erwachsen. Auch Herr Commerzienrat Damme sprach sich gegen die Alterszulagen aus, weil es kein empfehlenswertes System sei. Gleichzeitig für seine Ansicht führte er nicht näher an, bemerkte vielmehr, daß, wenn man den Lehrern Wohnungsgeld gäbe, man ihnen ebenso gut Stiefelgeld, Frühstücksgeld und wer weiß noch was für Gelde gewähren müsse, wie ja bereits die Canalisationsreiniger Stiefel geliefert bekommen. Dasselbe müßte dann ja Herr Commerzienrat Damme auch von allen anderen unmittelbaren Staatsbeamten vom höchsten bis zum niedrigsten sagen, da alle neben ihrem Gehalte noch ein entsprechendes Wohnungsgeld beziehen. Sogar der von ihm gelebte Staatssekretär Stephan gibt seinen Beamten Wohnungsgeld. Der Herr Minister der geistlichen Angelegenheiten hat dieses auch für die Lehrer gefordert und das mit vollem Rechte, denn die Stadt bezahlt ja vom Staate durch das Volksschulflanggeld über 55000 Mk. Der frühere Cultusminister erwähnte bei dem Zustandekommen des Gesetzes, daß die Communen nicht alles in den Städtschulen stecken sollten, sondern auch einen Theil zur Aufbesserung der Lehrergehälter verwenden möchten. Unsere Commune hat nun allerdings vor drei Jahren eine Aufbesserung eingetreten lassen, für die Lehrer betrug dieselbe ungefähr 7000 Mk. und für die Lehrerinnen 5000 Mk. Aber das Stellen-System hat es bewirkt, daß mancher noch heute keinen Genuss davon hat. Wenn Herr Damme meint, jeder müsse sich nach der Decke strecken, sich nach seinem Diensteinkommen richten, nicht über seine Verhältnisse hinaus leben, so meinen wir, daß die Lehrer so gestellt sind, daß sie auch bei der größten Sparsamkeit mit dem jetzigen Gehalte nicht auskommen vermögen; denn Lehrer, die 20 Jahre und darüber im Dienste sind und eine Familie ernähren müssen, können mit einem Gehalt von 1800—2000 Mk. kaum leben, wenn sie noch anständig gekleidet sind und ihren Kindern eine ordentliche Erziehung zu Theil werden lassen wollen. — Herr Erster Bürgermeister Dr. Baumbach trat warm für die neue Skala ein, sand aber keine Unterstützung aus der Versammlung. Iwar schien die Mehrheit dem Principe nicht abgeneigt, aber, wie gesagt, es werden die Kosten gescheut, und deshalb soll die Skala in einer Commission eingehend durchberaten werden. Herr Dr. Baumbach wies auch auf das in Aussicht stehende Schulgesetz hin und meinte, wenn der Entwurf Gesetz würde, so würde die Stadt zu der Ausgabe gewungen sein. Wie wird es nun werden? fragt jeder Lehrer. Wird er Gesetz oder nicht? Im letzteren Falle hätten die Lehrer, wie aus der Verhandlung hervorging, wenig zu erwarten. Im ersten Falle müßte die Altersskala eingeführt werden. Da könnte nun leicht in der Brust der Lehrer der Wunsch entstehen, daß der Entwurf wenigstens teilweise wirklich Gesetz werden möchte, trotz seiner großen Mängel. Der Idealismus und, wie Herr Dr. Baumbach treffend sagt, die wahre Freiheit der Befreiung kann nur dann eintreten, wenn die Beamte einigermaßen so gestellt ist, daß er nicht mit Nahrungsorgen zu kämpfen hat. Das ist der Lehrer darnach streben, den Subalternbeamten gleichgestellt zu werden, kann man wohl nicht unbedeiden nennen. Bis jetzt stehen sie aber noch vielfach hinter ihnen zurück. Zum Schluß wollen wir noch erwähnen, daß den Lehrern Danzigs auch dieser Stellenat ganz Recht wäre, wenn man ihnen das im Ministerialrescripte geforderte Wohnungsgeld zu Theil werden ließe, das doch dem Servis für die Subalternbeamten I. Klasse entsprechen müßte. Dann würde die Ausgabe natürlich noch eine bedeutend größere sein. Der neue Stat bleibt also wirklich, wie der Herr Bürgermeister Hagemann in der Sitzung treffend bemerkte, hinter den Forderungen des Ministerialrescripts zurück.

Ein Lehrer.

Am 21. d. M. fiel der Anabe Arthur Stüwe aus Stadtgebiet auf dem Heimwege von der Schule zu Altlandau in die Radau und wäre wahrscheinlich ertrunken, wenn ihn nicht der Anabe Ernst Schönagel mit seltener Geistesgegenwart gerettet hätte. Die Geschichte des Weges, den der betreffende Anabe auf dem Heimwege zu passieren hat, ist dies der Weg, der auf der oberen Seite der Radau von der katholischen Kirche bis zum Schönfelder Wege läuft, und den sämtlichen Kinder aus Altlandau und Stadtgebiet auf ihrem Gange zur Schule passieren müssen. Dieser Weg ist ungepflastert und wird jetzt durch das Schmelzen von Schnee und Eis,

besonders in den Mittagsstunden, vollständig aufgeweitet und ungängbar gemacht, so daß Passanten bis an die Knöchel versinken. Aufgeschüttete Asche hat auch nicht gerade eine Besserung des Weges bewirkt. Der betreffende Anabe hatte den Drahtzaun an der Radau überstiegen und war auf der trockenen Uferkante entlang gegangen, um einen besseren Weg zu haben. Dabei war er ausgespült und ins Wasser gefallen.

## Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Danzig 2. Damm, Blatt 17, auf den Namen der Schuhmachermeister Jacob und Johanna geb. Krebs-Behrendt'schen Cheleute eingetragene, zu Danzig 2. Damm Nr. 2 belegene Grundstück am 14. Mai 1892,

Mittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht — an Gerichtsstelle — Biefferstadt, Zimmer Nr. 42, versteigert werden.

Das Grundstück ist bei einer Fläche von 0.0108 Hektar mit 1200 M. Nutzungsverhältnis zu Gebäudesteuer veranlagt.

Die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, insbesondere Zinsen, Kosten, wiederkehrende Gebungen sind bis zur Aufforderung zum Bieten anzumelden.

Das Urteil über die Ertheilung des Zuschlags wird am 16. Mai 1892,

Mittags 12 Uhr, an Gerichtsstelle, verkündet werden. (1129)

Danzig, den 12. März 1892.

Königliches Amtsgericht XI.

## Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuche von Cöslin, Feldmark Band 12 Blatt 643, Band 6 Blatt 381, Band 3 Blatt 177 und Band 3 Blatt 131 und von Cöslin Häuser Band 20 Blatt 765 und Band 20 Blatt 768 auf den Namen des Botenmeisters a. D. Eduard Bodow und seiner Ehefrau Wilhelmine geb. Straube in Gütergemeinschaft eingetragenen, zu Cöslin belegenen Grundstücke am 3. Juni 1892,

Mittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht — an Gerichtsstelle — Zimmer Nr. 29 versteigert werden.

Das Grundstück a) Band 12 Blatt 643 ist mit 654.03 M. Reinertrag und einer Fläche von 18.4550 Hektar zur Grundsteuer, b) Band 6 Blatt 381 mit 363.24 M. Reinertrag und 9.6010 ha c) Band 3 Blatt 177 mit 492.87 M. Reinertrag und 12.7110 ha d) Band 3 Blatt 131 mit 68.16 M. Reinertrag von 1.4510 ha e) Band 20 Blatt 765 mit 2550 M. Nutzungsverhältnis zur Gebäudesteuer bei 0.1880 ha und f) Band 20 Blatt 768 mit 3124 M. Nutzungsverhältnis bei 0.2860 ha und 91.05 M. Reinertrag von 1.5500 ha veranlagt.

Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschriften der Grundbuchblätter und andere die Grundstücke betreffende Nachweisen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberbüro, Stube 28, eingesehen werden.

Alle dinglich Berechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorragt, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Gebungen oder Kosten, spätestens im Versteigerungsstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, wibrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range juridischen.

Diejenigen, welche das Eigentum der Grundstücke beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluss des Versteigerungsstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, wibrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstückes tritt.

Das Urteil über die Ertheilung des Zuschlags wird am 9. Juni 1892,

Mittags 12 Uhr, an Gerichtsstelle verkündet werden. (1140)

Cöslin, den 8. März 1892.

Königliches Amtsgericht.

## Bekanntmachung.

In den Bernhard v. Paleske'schen Concursfächern wird auf Antrag des Vermöters eine Gläubigerversammlung auf den 9. April 1892,

Mittags 11½ Uhr, Zimmer Nr. 15 berufen.

Tagesordnung:

1) Bericht des Vermöters über die gegenwärtige Sachlage.

2) Abnahme der Rechnung des landschaftlichen Zwangsvorwalters von Gwarischin und des Concursverwalters für das Jahr 1890/91.

3) Beschlussfassung:

a) über die dem Gemeinschulner und dessen Kindern für das fünfte Verwaltungsjahr zu genährende Unterstiftung.

b) über den Antrag der Pächter der zum Majorat Gwarischin gehörigen Güter auf teilweise Erlass des Pachtzinses.

c) über den Antrag des Pächters Henn in Golchin auf Erlass des Pachtzinses für das Jahr 1890/91.

Pr. Stargard, 18. März 1892.

Königliches Amtsgericht.

## Bekanntmachung.

In den Bernhard v. Paleske'schen Concursfächern wird auf Antrag des Vermöters eine Gläubigerversammlung auf den 9. April 1892,

Mittags 11½ Uhr, Zimmer Nr. 15 berufen.

Tagesordnung:

1) Bericht des Vermöters über die gegenwärtige Sachlage.

2) Abnahme der Rechnung des landschaftlichen Zwangsvorwalters von Gwarischin und des Concursverwalters für das Jahr 1890/91.

3) Beschlussfassung:

a) über die dem Gemeinschulner und dessen Kindern für das fünfte Verwaltungsjahr zu genährende Unterstiftung.

b) über den Antrag der Pächter der zum Majorat Gwarischin gehörigen Güter auf teilweise Erlass des Pachtzinses.

c) über den Antrag des Pächters Henn in Golchin auf Erlass des Pachtzinses für das Jahr 1890/91.

Pr. Stargard, 18. März 1892.

Königliches Amtsgericht.

## Concursverfahren.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Bernhard Großmann in Danzig, Holzmarkt Nr. 19, wird nach erfolgter Abholung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.

Danzig, den 16. März 1892.

Königliches Amtsgericht XI.

## Langholz - Verkauf

im Wege der Submission in der Königlichen Oberförsterei Charlottenhöhe, Kreis Schwedt, Regierungsbezirk Marienwerder.

Auf folgende Kiefernlangholz, welche geröht und zum Verlösen bereit auf den fiskalischen Wasser lagern, werden versiegelt, mit der Aufschrift „Submission auf Schwarzwasserholz“ verlehene Osserten bis spätestens

Montag, den 4. April cr., Nachmittags 2 Uhr,

von dem Unterzeichneten entgegengenommen.